

FRANKFURTER UNIVERSITÄTSREDEN  
1925

XXI

BISMARCKS  
REICHSGRÜNDUNG  
UND DIE  
EUROPÄISCHEN MÄCHTE

Rede zur Feier des 18. Januar 1925

von

Dr. phil. Walter Platzhoff

o. ö. Professor der mittleren und neueren Geschichte  
an der Universität.

FRANKFURT A. M. 1925

DRUCK UND VERLAG:

UNIVERSITÄTS-DRUCKEREI WERNER U. WINTER G. M. B. H.

AUSLIEFERUNG FÜR DEN BUCHHANDEL:

UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG BLAZEK U. BERGMANN

Ffm K

7

748

93  
FRANKFURTER UNIVERSITÄTSREDEN  
1 9 2 5

XXI

BISMARCKS  
REICHSGRÜNDUNG  
UND DIE  
EUROPÄISCHEN MÄCHTE

Rede zur Feier des 18. Januar 1925

von

Dr. phil. Walter Platzhoff

o. ö. Professor der mittleren und neueren Geschichte  
an der Universität.

Frankfurt a. M. 1925

Druck u. Verlag: Univ.-Druckerei Werner u. Winter, G. m. b. H., Frankfurt-M.  
Auslieferung für den Buchhandel: Blazek u. Bergmann, Frankfurt a. Main

### Hochansehnliche Festversammlung!

Die deutsche Einigung, die Begründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 bildet nicht nur den letzten, sondern auch den leuchtendsten Höhepunkt in unserer nationalen Geschichte. Darum begehen wir diesen Tag mit allen deutschen Universitäten und Hochschulen durch eine schlichte akademische Feier. Denn auch ein geschlagenes Volk, ja gerade ein geschlagenes und geknechtetes Volk bedarf zu seiner Erhebung der Selbstbesinnung, der Erinnerung an die Großtaten der Vergangenheit. Darunter werden die Leistungen des deutschen Volkes im Weltkrieg immerdar einen Ehrenplatz einnehmen. Es liegt ein tiefer innerer Sinn darin, wenn wir am Reichsgründungstag zuerst unserer Gefallenen gedenken. Denn zur Verteidigung des Reiches, das unsere Väter uns erstritten, das heute vor 54 Jahren im Spiegelsaal von Versailles ausgerufen ward, sind sie hinausgezogen, für seinen Bestand und seine Größe haben sie Blut und Leben eingesetzt und ihre Treue mit dem Tode besiegelt. Freilich, der Erfolg, den wir erhofften, blieb ihnen und uns versagt. Aber das kann den sittlichen Wert ihres Heldentums nicht mindern. Unauslöschlich ist es in die Annalen der Geschichte eingegraben. Sie alle und nicht zuletzt unsere akademische Jugend haben sich selbst ein Denkmal errichtet, „aere perennius“, „dauernder als Erz“. Auch für sie gilt Schenkendorf's Wort: „Was vergangen, kehrt nicht wieder, aber ging es leuchtend nieder, leuchtet's lange noch zurück!“ —

Dem Reich gilt unsere Feier; und wenn ein Vertreter der neueren Geschichte zum Festredner bestellt ist, liegt es nahe, Bismarcks Reichsgründung in den Mittelpunkt dieser Stunde zu rücken. Gewiß ist sie schon oft behandelt worden, aber fast immer unter dem innerpolitischen Gesichtswinkel. Für uns Deutsche stand von jeher die Frage im Vordergrund, wie es unserem größten Staatsmann gelungen ist, den Dualismus zwischen Österreich und Preußen zu überwinden, den Partikularismus zu brechen und die deutschen Fürsten und Stämme unter Preußens Führung zusammenzuschließen<sup>1</sup>). Daß die Lösung der deutschen Frage auch eine außenpolitische, eine europäische Seite hat, hat man sich darüber vielfach nicht gebührend klargemacht. Hier gibt es noch immer gegensätzliche Auffassungen und umstrittene Probleme.

Daran kann doch kein Zweifel bestehen: die Einigung Deutsch-

lands bezeichnete einen förmlichen Umsturz des bisherigen Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent, oder wie es die diplomatische Sprache nannte, des „europäischen Gleichgewichts“, das vor allem in Deutschland ausbalanciert wurde. Jahrhundertlang hatte das ohnmächtige und zerrissene Deutschland allen europäischen Mächten einen Tummelplatz für ihre Kriege und das Kompensationsgebiet bei ihren Friedensschlüssen geboten. Daß dieser für sie so angenehme Zustand aufhörte, daß Deutschland aus einem Objekt zu einem Subjekt der europäischen Politik wurde, war ihnen allen überaus unerwünscht. Das alte Deutsche Reich war ja nicht nur an seiner Zerklüftung und inneren Schwäche zu Grunde gegangen. Frankreich hatte den Auflösungsprozeß durch seine Minierarbeit im Innern, durch seine Einkreisungspolitik und Raubkriege geflissentlich gefördert, und Napoleon I. hatte dem deutschen Staat schließlich den Todesstoß versetzt. Die Neuordnung Deutschlands auf dem Wiener Kongreß blieb freilich den hier vertretenen deutschen Einzelstaaten überlassen, aber durch die Einverleibung der neuen Bundesakte in die Wiener Schlußakte wurde Deutschland, wenn nicht unter die förmliche Garantie, so doch ausdrücklich unter den „Schutz“ der europäischen Mächte gestellt<sup>2)</sup>. Sie selbst betrachteten sich in ihrem eigenen Interesse als die Garanten des Bundes und suchten daraus ein förmliches Einmischungsrecht in die innerdeutschen Angelegenheiten abzuleiten. Die Einheitsbewegung von 1848/49 scheiterte nicht nur an ihrer Ideologie, dem Partikularismus der Einzelstaaten und dem österreichisch-preußischen Gegensatz, sondern ebenso sehr an der Haltung der Mächte. Unter dem Druck Rußlands wich Preußen 1850 in Olmütz vor Österreich zurück. Der Beweis war erbracht, daß die deutsche Einigung keine rein innerdeutsche, sondern zugleich eine internationale Angelegenheit war.

Das hatte Bismarck von Anfang an erkannt. Schon im August 1849 schrieb er seiner Gattin: „Die deutsche Frage wird überhaupt nicht in unsern Kammern, sondern in der Diplomatie und im Felde entschieden“<sup>3)</sup>. An dieser Auffassung hat er unverrückt festgehalten, so vorsichtig er es vermied, sich auf eine der beiden Möglichkeiten, friedliche Verständigung mit Österreich oder kriegerische Abrechnung von vornherein unbedingt festzulegen. Sein erstes Ziel war die Unabhängigkeit Deutschlands vom Ausland und die Einheit gegenüber dem Ausland. Daß dies nur gegen den Willen Europas zu verwirklichen war, lag auf der Hand, aber ebenso unzweifelhaft war ihm, daß er auf seinem Weg Europa nicht außer Acht lassen durfte, wie es die Paulskirche von 1848 getan hatte.

Es galt  
Preußen  
zuspielte  
Frankreich  
Bismarck  
wenn die  
für die  
schaft u  
1866 das

Die  
teil, gera  
näher zu  
Kanzler  
schaft g  
Macht in  
bahnte  
und dem  
die Kai  
kreisung  
nis ist d  
von 186  
partistis  
habe, si  
Alvensle  
Alexand  
Bündnis  
und nich  
Eine ge  
nicht zu  
einer eu  
„Wer ist  
Nationen

Sch  
Frankrei  
zösischer  
ablehnen  
Zerrissen  
eigene M  
knüpfung  
überkom  
schaft ü  
ziehen -

Es galt vielmehr die europäische Konstellation auszunutzen, sie für Preußen günstig zu gestalten und die Mächte gegeneinander auszuspielen. Vor allem kam es auf die beiden Flankenmächte an, auf Frankreich und Rußland. Bereits in seiner Frankfurter Zeit betonte Bismarck immer wieder, daß die deutsche Frage nur zu lösen sei, wenn die beiden Nachbarn nicht hindernd eingriffen, daß Preußen für die Auseinandersetzung mit Österreich der russischen Freundschaft und des französischen Wohlwollens bedürfe<sup>4)</sup>. Das ist bis 1866 das Leitmotiv seiner Politik geblieben.

Die Aussicht auf ein Gelingen schien nicht groß. Im Gegenteil, gerade eine deutsche Einigung mußte Frankreich und Rußland näher zusammenführen. Schon im August 1848 hatte der russische Kanzler Graf Nesselrode die franko-russische Interessengemeinschaft gegenüber der Begründung „einer starken, festgefügtten Macht im Zentrum Europas“ unterstrichen<sup>5)</sup>. Nach dem Krimkrieg bahnte sich eine offenkundige Annäherung zwischen Napoleon III. und dem Zaren an. Wenn Bismarck einen Anschluß Preußens an die Kaisermächte befürwortete, so wollte er damit dessen Einkreisung und Isolierung verhüten. Das französisch-russische Bündnis ist damals nicht zustande gekommen. Der polnische Aufstand von 1863 brachte vielmehr einen unheilbaren Riß in die bonapartistisch-moskowitzische Freundschaft und bot Bismarck die Handhabe, sich durch das Zusammengehen mit Rußland, durch die Alvensleben-Konvention das Vertrauen und die Dankbarkeit Alexanders II. zu erwerben. Das russische Angebot eines festen Bündnisses lehnte er ab, um sich die Handlungsfreiheit zu wahren und nicht in das Schlepptau des mächtigeren Nachbarn zu geraten. Eine gesamt-europäische Koalition gegen Preußen war zunächst nicht zu befürchten. So konnte Bismarck die englische Drohung einer europäischen Einmischung mit der kühlen Frage beantworten: „Wer ist Europa?“ und auf die Erwiderung: „Verschiedene große Nationen“ spöttisch entgegnen: „Sind sie bereits darüber einig?“<sup>6)</sup>.

Schwerer als die russische Freundschaft war das Wohlwollen Frankreichs zu erringen. Die jahrhundertealte Tradition der französischen Politik stand der Konsolidierung Deutschlands unbedingt ablehnend, ja offen feindlich gegenüber, sie betrachtete gerade die Zerrissenheit und Schwäche Deutschlands als unerläßlich für die eigene Machtstellung. Und doch fand Bismarck auch hier einen Anknüpfungspunkt in dem eigentümlichen System Napoleons III. Dem überkommenen Trachten nach der Rheingrenze und der Vormundschaft über Deutschland konnte und wollte auch er sich nicht entziehen — schon um sich und seiner Dynastie den Thron zu sichern.

Aber andererseits hatte er aus dem Schicksal seines großen Oheims und der ganzen Entwicklung des 19. Jahrhunderts die Lehre gezogen, daß er sich der nationalen Bewegung nicht entgegenstemmen dürfe. Wie in Italien gedachte er sie auch in Deutschland zu begünstigen und zu fördern, indes nur bis zu einem gewissen Grade, nur soweit, als es seine Interessen zuließen. Das Nationalitätenprinzip und die französische Machtpolitik glaubte er in Einklang bringen zu können, dadurch, daß er das preußische Streben nach der Einigung Norddeutschlands unterstützte und sich dieses Wohlwollen durch Abtretungen auf dem linken Rheinufer bezahlen ließ. Das Trachten nach Kompensationen beherrscht die gesamte deutsche Politik Napoleons III. Aber in diesem überfeinen Spiel fand er seinen Meister in Bismarck. Um sich die französische Neutralität in den Einheitskämpfen zu sichern, ließ er dem Kaiser seine Hoffnungen, ja bestärkte ihn sogar darin, jedoch ohne ihm bestimmte Zusagen zu machen, und mit dem Hintergedanken, ihn um den erwarteten Lohn, das „Trinkgeld“, wie er es nannte, zu bringen. Man könnte ihn deswegen des Machiavellismus zeihen. Er selbst hat später seinem König gegenüber sein Verfahren mit dem französischen Sprichwort begründet: „à corsaire corsaire et demi“. Seine sittliche Rechtfertigung findet es darin, daß er nur auf diesem Wege den Bonaparte von einer Einmischung abhalten, Preußen-Deutschlands Größe und Unabhängigkeit errichten und das nationale Sehnen nach der Einigung erfüllen konnte. Es war ein kühnes Spiel, das er trieb, und er war sich dessen wohl bewußt. Er wagte es, weil er Napoleons Unentschlossenheit kannte, vor allem weil er den inneren Zwiespalt in seiner Politik durchschaute. Denn die französische Hegemonie in Europa war mit der Anerkennung der nationalen Bewegung nicht zu vereinbaren. Zudem rechnete Bismarck damit, daß er im Notfall das deutsche Nationalgefühl gegen die welschen Gelüste aufrufen konnte, und glaubte, mit diesem Bundesgenossen und dem preußischen Schwert des Erbfeindes Herr werden zu können.

Noch weniger als dem Moskowiter wollte er sich dem Gallier verschreiben. Seine wiederholten Bündnisangebote wies er zwar nicht schroff zurück, sondern behandelte sie dilatorisch, um ihn nicht vor den Kopf zu stoßen und in die Arme Österreichs zu treiben. Aber gleich in der ersten großen Krisis der Einheitskämpfe, in der schlesweg-holsteinischen Frage zog er der sehr nahe gelegten französischen Allianz die Koalition mit Österreich vor.

Bismarck selbst hat später den dänischen Krieg die „diplomatische Kampagne“ genannt, „auf die er am stolzesten sei“<sup>7)</sup>. Sie

ist au  
hat d  
sonder  
baren  
Deuts  
Boden  
Österr  
fen E  
macht  
bindun  
gönnte  
macht  
Isolier  
Mut.  
sie es  
lehren  
In  
Krieg  
meiden  
nale A  
die Ve  
daß d  
würde  
zurück  
Sie er  
pakten  
Drohu  
„Sajur  
sprach  
einzig  
sei, we  
Die en  
zur M  
zubeug  
bedenk  
Napole  
reichs  
erklär  
sich g  
von E  
von P  
der be

ist auch für die Art seines Vorgehens ungemein bezeichnend. Er hat die schleswig-holsteinische Frage nicht auf dem deutschen, sondern auf dem europäischen Wege gelöst, aber auf diesem scheinbaren Umweg sein Ziel erreicht und die verlorene Nordmark für Deutschland wiedergewonnen. Nur dadurch, daß er sich auf den Boden der internationalen Verträge stellte und gemeinsam mit Österreich ihre Vollstreckung erheischte, gelang es ihm, ein Eingreifen Europas zu verhindern. Die einzige Macht, die Anstalten dazu machte, war England, das dem emporstrebenden Preußen die Verbindung zwischen Nord- und Ostsee sowie den Kieler Hafen nicht gönnte, das damals schon vor der Begründung einer deutschen Seemacht bangte. Aber angesichts der deutschen Siege und der eigenen Isolierung entschwand den britischen Staatslenkern schon bald der Mut. Nachdem sie Dänemark zum Widerstand ermuntert, ließen sie es schnöde im Stich und begnügten sich mit Drohreden und belehrenden Zeitungsartikeln.

In dem zweiten Akt des deutschen Einigungswerkes, dem Krieg mit Österreich, war eine Intervention Europas nicht zu vermeiden<sup>8)</sup>. Hier konnte sich Bismarck nicht wie 1864 auf internationale Abmachungen stützen, im Gegenteil, er verstieß direkt gegen die Verträge von 1815. Er selbst hat auch nicht damit gerechnet, daß die Mächte der Umgestaltung Deutschlands ruhig zuschauen würden. Die englische Regierung hielt sich freilich diesmal ganz zurück und zeigte auch an dem Schicksal Hannovers kein Interesse. Sie erklärte sogar öffentlich, die Errichtung einer starken, kompakten norddeutschen Macht sei weder ein Nachteil noch eine Drohung für Großbritannien. Den Grund verriet ein Artikel der „Saturday Review“, der von „der entzückenden Überzeugung“ sprach, daß das kontinentale Europa „nicht mehr der Willkür eines einzigen Mannes unterworfen sei, und daß eine Macht entstanden sei, welche das Kaiserliche Frankreich anzugreifen sich fürchtet“<sup>9)</sup>. Die englischen Schritte in Berlin beschränkten sich auf die Mahnung zur Mäßigung, um einem Eingreifen Frankreichs und Rußlands vorzubeugen. Ein Zusammengehen der beiden wäre für Preußen sehr bedenklich geworden. Zunächst schien es nicht ganz ausgeschlossen. Napoleon übernahm sofort nach Königgrätz auf die Bitte Österreichs die Vermittlung, und der russische Vizekanzler Gortschakoff erklärte tags darauf, Rußland könne nicht zulassen, daß Preußen sich ganz Deutschland unterwerfe. Ausdrücklich wies er auf die von Europa garantierte Bundesverfassung hin, die nicht einseitig von Preußen zerrissen werden dürfe. Aber zu einer Kooperation der beiden Kaiser ließ es das gegenseitige Mißtrauen nicht kommen,

das in Petersburg durch Napoleons eigenmächtigen Schritt noch verstärkt worden war. So gingen sie getrennt vor und erleichterten dadurch Bismarck die Abwehr. Der Zar schloß sich der französischen Intervention nicht an und trat mit seinem Kongreßvorschlag erst hervor (27. Juli), als Bismarck mit Österreich und Frankreich einig geworden war. Der Plan, die deutsche Frage auf einem europäischen Kongreß zu lösen, entsprang dem traditionellen russischen Anspruch auf eine Vermittlerrolle in Deutschland sowie der alten Auffassung von der Abhängigkeit Deutschlands von den europäischen Mächten. Der Zar wollte nicht zugeben, „daß die Karte Europas ohne unmittelbare Teilnahme der 3 großen neutralen Mächte verändert werde“. Es bedarf keiner Erörterung, daß ein solcher Areopag Preußen die Früchte seiner Siege sehr beschnitten haben würde, auch wenn er, wie der Zar einlenkte, nur die Einzelheiten der zwischen den streitenden Parteien vorher getroffenen Vereinbarungen festgestellt hätte. Darum bot Bismarck alles auf, um die Russen davon abzubringen. Da England und Frankreich den Kongreß ablehnten, verzichtete auch Rußland auf den vermeintlichen Rechtstitel. Bismarck hatte seinen Ausspruch von 1862 wahr gemacht: „Die Paragraphen der Wiener Schlußakte haben nicht die Kraft, die Entwicklung der deutschen Geschichte zu hemmen“<sup>10)</sup>.

Die staatsmännische Genialität Bismarcks, die Verbindung von „Elastizität des Gedankens und eiserner Kraft des Willens“<sup>11)</sup> hat sich in diesen Verhandlungen glänzend bewährt. Wie es ihm gelang, zwischen der französischen Vermittlung und der drohenden russischen Einmischung, im Kampf gegen die Militärs und den eigenen König sein Ziel, die Arrondierung Preußens und den Norddeutschen Bund zu erreichen, nötigt dem zurückschauenden Historiker immer wieder die höchste Bewunderung ab. Freilich hat die Haltung der Mächte sein Friedensprogramm beeinflusst und in Einzelheiten modifiziert. Er selbst hat später im Preußischen Landtag offen zugegeben, daß das Maß der Annexionen auch durch die europäische Konstellation bestimmt worden ist<sup>12)</sup>. Das Königreich Sachsen hat er auf österreichischen und französischen Einspruch bestehen lassen, Oberhessen hat die russische Intervention dem Darmstädter Großherzog bewahrt. Es war, wie man mit Recht gesagt hat<sup>13)</sup>, die letzte Nachwirkung der Wiener Verträge von 1815. Noch eine weitere Bedingung des Prager Friedens gehört in diesen Zusammenhang, die 1919 für uns so verhängnisvoll gewordene Klausel des Artikels V, die für die dänischen Bezirke Nordschleswigs eine Volksabstimmung und einen eventuellen Rückfall an

Dän  
min  
Frie  
Neu  
inne  
Auf  
For  
Krie  
ken  
woll  
eine  
zula  
wäg  
dier  
kath  
Nor  
alle  
eben  
nahm  
zu z  
  
war  
zeich  
ausc  
Frie  
bun  
deut  
Pla  
tert  
des  
vors  
Bun  
häng  
das  
dies  
deut  
niss  
die  
und  
hat  
gesc  
und

30

Dänemark vorsah. Sie ist auf den Wunsch Napoleons in die Präliminarien aufgenommen und auf seinen Druck in dem endgültigen Friedensvertrag beibehalten worden, als „kleine Spese für seine Neutralität“, wie Bismarck selbst sich in den Gedanken und Erinnerungen ausdrückt<sup>14</sup>). Und die Mainlinie? Nach der älteren Auffassung ist auch sie von Frankreich diktiert worden. Die neuere Forschung hat jedoch nachgewiesen, daß Bismarck schon vor dem Kriege das Einigungswerk zunächst auf Norddeutschland beschränken, daß er in Nikolsburg Süddeutschland gar nicht einbeziehen wollte. Nicht nur aus Rücksicht auf Frankreich, das, wie er wußte, eine Ausdehnung der preußischen Hegemonie über den Süden nicht zulassen wollte, sondern ebenso sehr aus innerpolitischen Erwägungen. Er hielt es gerade im Hinblick „auf die nötige Konsolidierung des Bundes“ für untunlich, jetzt schon „das süddeutsch-katholisch-bayerische Element“ mit dem ganz anders gearteten Norden zusammenzuspannen. Daß er mit dieser Meinung nicht allein stand, daß sogar liberale Verfechter des Einheitsgedankens ebenso dachten, bezeugt die Warnung Max Dunckers, durch Aufnahme des Südens nicht „das trojanische Pferd in die Mauern Ilios zu ziehen“.

Dieser Verzicht auf die nationale Verbindung mit dem Süden war jedoch nur ein vorläufiger. Schon am Tage nach Königgrätz bezeichnete Bismarck dem Kronprinzen gegenüber den Nordbund ausdrücklich „als Etappe zur großen Einheit“ und während der Friedensverhandlungen bemühte er sich, den alten lockeren Gesamtbund ohne Österreich aufrechtzuerhalten, innerhalb dessen Norddeutschland einen engeren strafferen Bund darstellen sollte<sup>15</sup>). Dieser Plan ist an dem Widerspruch Österreichs und Frankreichs gescheitert, nicht ohne die Schuld des preußischen Botschafters in Paris, des Grafen Goltz. Die von ihm entworfenen französischen Friedensvorschläge ließen die Möglichkeit eines besonderen süddeutschen Bundes offen, für den Napoleon auch noch die internationale Unabhängigkeit durchsetzte. Andererseits war es aber gerade Frankreich, das dem preußischen Minister eine Handhabe bot, schon 1866 über diese Bestimmung hinauszugehen und ein festes Band mit den süddeutschen Staaten zu knüpfen. Denn die Schutz- und Trutzbündnisse mit ihnen waren die Folge der Kompensationsforderungen, die Napoleon nach dem preußischen Siege dringlicher als je erhob, und die sich namentlich auf süddeutsche Gebiete richteten. So hat die französische Rheinpolitik die erste Brücke über den Main geschlagen. Wie einst die Reunionen und Raubkriege Ludwigs XIV. und die Weltherrschaft Napoleons I., so fachte auch jetzt wieder die

gallische Ländergier das deutsche Nationalgefühl an und schweißte die Einzelstaaten zusammen.

Um einen Preis wäre vielleicht schon damals die volle Einigung zu erreichen gewesen: durch ein Eingehen auf Napoleons Verlangen und den Abschluß eines Bündnisses mit ihm. Aber diesen Preis konnte und wollte Bismarck nicht zahlen. Ganz abgesehen davon, daß König Wilhelm hierfür niemals zu gewinnen war, ein „Deutsches Reich von Frankreichs Gnaden“ durfte Bismarck dem deutschen Volk nicht bieten, und Abtretungen auf dem linken Rheinufer würden dem neuen Bau von vornherein den Eckstein ausgebrochen haben.

Jetzt, nach der Abrechnung mit Österreich und der Begründung des Norddeutschen Bundes war Bismarck nicht mehr auf das französische Wohlwollen angewiesen und lehnte darum den Kompensationsanspruch unzweideutig ab. Zu einem Konflikt wollte er es indes nicht kommen lassen. Gegen eine außerdeutsche Gebiets-erweiterung Frankreichs legte er kein unbedingtes Veto ein, sondern überließ das anderen Mächten. Wiederholt hat er dem Kaiser dahingehende Aussichten eröffnet, und wir wissen heute, daß er 1867 ernstlich daran gedacht hat, seine Pläne auf Luxemburg nicht zu stören<sup>16</sup>). Allerdings stellte er Bedingungen. Er selbst wollte aus dem Spiele bleiben, Preußen mußte vorher sein Besatzungsrecht ohne Verletzung seiner Ehre sowie des deutschen Nationalgefühls aufgeben können, und die Bevölkerung des Großherzogtums sollte sich freiwillig und ohne Druck von außen für die Vereinigung mit Frankreich aussprechen. Ob er die Durchführung dieser Bedingungen für möglich gehalten hat, ist eine Frage, die wohl aufzuwerfen, aber nicht mit Sicherheit zu beantworten ist. Jedenfalls faßte er ein Äquivalent für Preußen ins Auge; er erwog, für sein Entgegenkommen Napoleons Mitwirkung zur Aufhebung der auf Nordschleswig bezüglichen Klausel des Prager Friedens zu erlangen. Das ungeschickte, brüskierende Vorgehen des Kaisers, sein voreiliger Kaufvertrag mit dem König von Holland und die Erregung des Nationalgefühls in Deutschland vereitelten eine Verständigung auf dieser Basis. Aber den Krieg hat Bismarck auch dann nicht gewollt. Er war es, der ihn verhinderte, die Vermittlung der anderen Mächte annahm und gegen die Neutralisierung des Großherzogtums auf das preußische Besatzungsrecht verzichtete.

Für Frankreich bezeichnete der Luxemburger Handel eine neue Schlappe, Napoleon erblickte darin eine ihm von Bismarck gestellte Falle. So gern er persönlich das Äußerste vermieden hätte, immer weniger konnte er sich dem Druck der Kriegspartei und der von ihr

geleitete  
für Sado  
deutsche  
France“  
ten Hint  
reich blo  
habe, un  
Militäris  
Kriege V  
die Ente  
dritte Na  
und Nor  
lichst vo  
zösisch-  
hinaus su  
den und  
Staaten  
Der öster  
politik ei  
schlag, u  
Krieg ni  
entfessel  
seinen ru  
lands ein  
reich zu  
„die Aug  
ist Napo  
französis  
Auch da  
damals  
tisch in  
träge mi  
lungen s  
zwischen  
tung des  
wurf von  
lands au  
ehrgeizig  
gunsten  
Nat  
Er gab s  
Spiel nic

geleiteten öffentlichen Meinung entziehen. Ihr Losungswort „Rache für Sadowa“ forderte nichts anderes als die Wiederherstellung der deutschen Ohnmacht und der „*prépondérance légitime de la France*“. Ganz unverhüllt sprach ein französischer Diplomat die letzten Hintergedanken aus: man solle doch nicht glauben, „daß Frankreich bloß darum 300 Jahre am Ruin des Deutschen Reiches gearbeitet habe, um es jetzt desto kräftiger wieder auferstehen zu sehen“<sup>17</sup>). Militärisch und diplomatisch rüstete Frankreich seit 1867 zum Kriege. Wie im 17. Jahrhundert Ludwig XIV. und in unseren Tagen die Entente Deutschland eingekreist haben, so wollte auch der dritte Napoleon unsere unglückliche geographische Lage ausnutzen und Norddeutschland durch eine umfassende Bündnispolitik möglichst von allen Seiten umklammern. Den Kern sollte ein französisch-österreichisch-italienischer Dreibund bilden, aber darüber hinaus suchte Napoleon auch Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und Rußland in seine Netze zu ziehen und die süddeutschen Staaten zum Abfall von ihren Bündnisverpflichtungen zu bringen. Der österreichische Reichskanzler Beust ging in seiner Revanchepolitik eifrig darauf ein. Er machte dem Kaiser den klugen Vorschlag, um die nationalen Empfindlichkeiten nicht zu reizen, den Krieg nicht in Deutschland, sondern im Orient oder in Polen zu entfesseln und Preußen vor die Alternative zu stellen, entweder seinen russischen Freund im Stich zu lassen oder zugunsten Rußlands einen in Deutschland unpopulären Angriffskrieg gegen Frankreich zu führen<sup>18</sup>). Seiner Mahnung, zur Einleitung einer Aktion „die Augen mehr nach der Donau als nach dem Rhein zu richten“, ist Napoleon nicht gefolgt, erst seine Nachfolger in der Leitung des französischen Staates haben 1914 diesen Rat in die Tat umgesetzt. Auch das erinnert an die Vorgeschichte des Weltkrieges, daß schon damals das Abrüstungsprojekt auftauchte, um Preußen diplomatisch in die Enge zu treiben, militärisch zu schwächen und die Verträge mit Süddeutschland zu untergraben<sup>19</sup>). Die Bündnisverhandlungen sind nicht zum Abschluß gediehen. Als Minimalziel stand zwischen Napoleon und Beust von vornherein die Aufrechterhaltung des Prager Friedens, also der Mainlinie fest; der Vertragsentwurf vom 1. März 1869 sah darüber hinaus eine Neuordnung Deutschlands auf Grund des „föderativen Systems, die Unterdrückung der ehrgeizigen Absichten Preußens“ und eine Grenzregulierung zugunsten Frankreichs vor<sup>20</sup>).

Natürlich blieben die Bemühungen Bismarck nicht verborgen. Er gab sich keiner Täuschung darüber hin, daß Napoleon ihm sein Spiel nicht verzeihen und die deutsche Einigung nicht dulden würde.

Auch er rechnete seit 1867 mit der Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Aber gewünscht hat er ihn nicht, — darüber lassen seine vertraulichen Äußerungen keinen Zweifel —, und ebenso wenig wollte er ihn beschleunigen. Er wußte, daß die Zeit für seine Sache arbeitete. Preußen-Deutschland konnte zunächst von einer Verschiebung des Konfliktes nur gewinnen. An die Dauer der Mainlinie glaubte er nicht. Er erblickte darin keine Mauer, sondern „gewissermaßen ein Gitter, durch welches der nationale Strom, dessen Unaufhaltsamkeit man in dem Vorbehalt der liens nationaux anerkennen mußte, seinen Weg findet“<sup>21</sup>). Im Gegensatz zu den Stürmern und Drängern im nationalen Lager wollte er diesen natürlichen Prozeß nicht überstürzen. Er vermaß sich nicht, das Schicksal spielen zu wollen. „Wir können die Uhren vorstellen, die Zeit geht aber deshalb nicht rascher, und die Fähigkeit zu warten, bis der Augenblick raschen Handelns eintritt, ist eine Vorbedingung praktischer Politik“<sup>22</sup>). Und dieser Augenblick schien ihm 1869 noch nicht gekommen. War doch die Möglichkeit einer kampflosen Einigung noch immer nicht ausgeschlossen. „Außerordentliche Ereignisse in Europa, wie etwa ein Umsturz in Frankreich oder ein Krieg anderer Großmächte unter sich“ konnten ihm eine „ungesuchte Gelegenheit dazu bieten“<sup>23</sup>). Solange hierauf eine, wenn auch noch so schwache Aussicht bestand, solange der Krieg nicht unabwendbar war, wollte er die Verantwortung dafür vor seinem König, dem deutschen Volk und dem eigenen Gewissen nicht übernehmen.

Indes das entband ihn nicht von der Pflicht, auf der Hut zu sein und die französischen Pläne zu durchkreuzen. Wiewohl er die ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten erkannte, und sich nicht einschüchtern ließ, unterschätzte er die drohende Gefahr nicht. Die sicherste „Garantie für die dauernde Erhaltung des Friedens“ sah er „in einem festen Aneinanderschließen der europäischen Mächte im Sinne der Defensive gegen jede französische Aggressive“<sup>24</sup>). Hatte früher Europa den Anspruch erhoben, Deutschland in Ruhe zu halten, so wollte er jetzt den Spieß umkehren und um Preußen-Deutschland eine neue Friedensliga gegen Frankreich scharen. Der Grundgedanke seiner Politik nach 1871 blüht hier schon auf. Seine wiederholten Versuche, Österreich-Ungarn hierfür zu gewinnen, stießen in Wien auf eine unentwegte Ablehnung, aber Rußland kam ihm aus eigener Initiative entgegen. Im Frühjahr 1868 sicherten sich der Zar und Wilhelm I. mündlich, aber mit Wissen und Billigung ihrer Minister, die militärische Rückendeckung gegen einen französischen bezw. österreichischen Angriff zu<sup>25</sup>). Damit war die von Napoleon und Beust gelegte Mine durch eine Gegenmine un-

schädlich gemacht und ein österreichisches Eingreifen in einen deutsch-französischen Krieg von vornherein paralyisiert.

Unter die Sicherungs- und Abwehrmaßnahmen gegen die Napoleonische Einkreisungspolitik ist auch die vielumstrittene Hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien einzureihen. Schon im Oktober 1868, kurz nach dem Ausbruch der spanischen Revolution hatte Bismarck es als ein preußisches Interesse bezeichnet, „daß die spanische Frage als Friedens-Fontanelle offen bleibe“, und hinzugefügt: „eine Napoleon angenehme Lösung ist schwerlich die für uns nützliche“<sup>26)</sup>. Das galt erst recht, als sich die deutsch-französischen Beziehungen immer mehr zuspitzten und die Kriegsgefahr näher heraufzog. Um Spanien aus den Kreisen des Kaisers zu lösen, um Frankreichs internationale Stellung zu schwächen, die eigene Position zu stärken, um im Kriegsfall einen Teil der französischen Streitkräfte an den Pyrenäen zu fesseln, trat er im März 1870 aufs nachdrücklichste für die Kandidatur des Erbprinzen Leopold ein und setzte ihre Annahme „nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten“ durch. Die Verbindung mit dem Pyrenäenreich war gewissermaßen als Gegenstück zu der Erhebung Karls von Hohenzollern auf den rumänischen Thron und als Ergänzung zu der Vereinbarung mit dem Zaren gedacht. Für die namentlich von französischer Seite verfochtene These, Bismarck habe dadurch Napoleon zum Kriege reizen wollen, ist ein Beweis nicht erbracht. Der Tragweite des Unternehmens war er sich indes voll bewußt. Die darin liegende Kriegsgefahr hat er sich sicherlich nicht verhehlt, ohne ihr aber aus dem Wege zu gehen.

Das vorzeitige Bekanntwerden der Kandidatur im Juli 1870 kam der französischen Regierung sehr gelegen. Der Außenminister Gramont begnügte sich nicht damit, die Wahl zu verhindern, er wollte den Zwischenfall zu einer großen Demütigung Preußens ausbeuten. Das war nicht nur Bismarcks Auffassung, so sahen auch die fremden Diplomaten in Paris die Dinge an<sup>27)</sup>. Die spanische Thronfrage war bloß der äußere Anlaß zum Kriege, der tiefere Grund lag in dem Vorsatz Frankreichs, die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung nicht zuzulassen, sondern den Nachbar zu seiner alten politischen Ohnmacht herabzudrücken. Hatte der Botschafter in Berlin Benedetti doch schon im August 1867 seinem englischen Kollegen erklärt: „Wir können der Bildung eines deutschen Reiches nicht untätig zuschauen“<sup>28)</sup>. Worauf die französischen Pläne hinausliefen, das erhärten unwiderleglich die erst unlängst veröffentlichten<sup>29)</sup> Friedensbedingungen, die Gramont im Fall des Sieges dem geschlagenen Gegner aufzwingen wollte. Am Tage

vor Weißenburg bezeichnete er dem russischen Vertreter gegenüber als sein Minimalprogramm: die Abtretung des Saarbeckens, die Beschränkung Preußens auf seine Grenzen von 1866, die Vergrößerung der Mittelstaaten auf Kosten Preußens und die Errichtung von Staatengruppen, welche die preußische Suprematie dauernd brechen würden. Hätte Frankreich 1870 den Frieden diktiert, so wäre das Deutsche Reich nicht begründet worden.

Auf sich selbst gestellt, ohne fremde Hilfe haben Deutschland und Frankreich ihren Schicksalskampf ausgefochten. Die europäischen Mächte griffen nicht ein. Napoleons Hoffnungen auf den Beistand Österreichs und Italiens stellten sich als eine große Illusion heraus. Ein italienischer Politiker hat später wohl nicht mit Unrecht geurteilt, Österreich und Italien hätten den Kaiser vom Kriege abhalten können, wenn sie ihm von vornherein erklärt haben würden, daß er von ihnen nichts zu erwarten habe<sup>30</sup>). Die Verhandlungen zwischen den drei Höfen gingen zwar weiter, aber sie scheiterten wiederum an der römischen Frage, an der Haltung Rußlands, das der Abmachung von 1868 treubleib, und vor allem an den schnellen Siegen der deutschen Waffen. Die Gegensätze unter den Mächten, zumal zwischen Rußland und Österreich und zwischen Rußland und England machten die im August abgeschlossene Liga der Neutralen zu einem lebensunfähigen Gebilde. Treffend nannte sie ein österreichischer Publizist „die Organisation der Ohnmacht Europas“<sup>31</sup>).

Die Lust zu einer diplomatischen Einmischung hat allerdings in keiner europäischen Hauptstadt gefehlt, und die Größe der deutschen Erfolge sowie der Zusammenbruch Frankreichs feuerten sie noch mehr an. Die Kabinette bangten um das „europäische Gleichgewicht“. Von dem ersten englischen Vermittlungsangebot im August 1870 bis zum Abschluß des Waffenstillstandes zieht sich eine fast ununterbrochene Kette von Interventionsversuchen. Indes die Furcht vor den deutschen Waffen und Bismarcks überlegene Staatskunst ließ sie alle im Sande verlaufen. Mitte September teilte der norddeutsche Kanzler den Mächten das deutsche Kriegsziel, die Erwerbung Elsaß' und Lothringens mit. Es erregte überall Bedenken und Befremden. Nirgends gönnte man uns den Wiedererwerb der von Ludwig XIV. geraubten Lande. Beust gab sich der utopischen Hoffnung hin, durch die Liga der Neutralen die Friedensbedingungen vorschreiben zu lassen. Die britische Regierung beharrte offiziell zwar bei ihrem No-Intervention-Prinzip, aber die öffentliche Meinung beschäftigte sich um so eifriger mit der Frage. Der Ministerpräsident Gladstone bekämpfte in der

Presse die Annexion ohne Volksbefragung, und der künftige Führer der konservativen Opposition, Salisbury verlangte ein diplomatisches Einschreiten gegen die deutsche Forderung mit der Begründung, daß die deutsch-französische Grenzziehung für England nicht gleichgültig sei<sup>32</sup>). Der russische Minister Gortschakoff rief bei der ersten Nachricht von deutschen Absichten auf das Elsaß aus: „Das werden wir niemals zulassen“<sup>33</sup>), und der Zar predigte immer wieder „Mäßigung“. Die mannigfachsten Tauschpläne wurden erwogen, Gortschakoff schlug noch im Januar 1871 vor, Deutschland solle statt Lothringen Luxemburg einverleiben. Auch der alte Lieblingsgedanke des Zaren, die Einberufung eines europäischen Kongresses tauchte wieder auf, um, wie man in Petersburg wünschte, „die Grundlagen des neuen europäischen Gleichgewichts festzulegen“ oder wenigstens die deutsch-französischen Abmachungen „zu sanktionieren“<sup>34</sup>).

Gerade dem befreundeten Zaren gegenüber war eine besonders vorsichtige und schonende Taktik von Nöten, aber für die Verhandlungen mit ihm besaß Bismarck eine Waffe und einen Köder in der Pontusfrage<sup>35</sup>). Die unlösliche Verflechtung der deutschen Geschichte mit der internationalen Politik erweist sich hier wiederum ganz deutlich. Schon längst trachtete Rußland nach einer Revision des Pariser Friedens von 1856, nach der Aufhebung der dort bestimmten Neutralisierung des Schwarzen Meeres. Bereits 1866 hatte Bismarck seine diplomatische Unterstützung zugesagt und nicht zuletzt dadurch Gortschakoff von einem Einspruch gegen den Prager Vertrag zurückgehalten. Ein festes Abkommen war indes weder damals noch später abgeschlossen worden, vor einer vorzeitigen und unwiderruflichen Bindung hütete sich der Kanzler hier wie überall. Auch während des Krieges mit Frankreich hat er die Sache nicht angeregt, aber als sie in Petersburg betrieben wurde, geflissentlich gefördert. Die plötzliche Kündigung der Pontusklauseln durch den Zaren am 31. Oktober kam ihm im ersten Augenblick sehr ungelegen, da sie entweder einen allgemeinen europäischen Krieg oder einen Kongreß und in beiden Fällen eine Erschwerung der Friedensfrage heraufzubeschwören drohte. Durch seine geschickte Vermittlung zwischen Petersburg, London und Konstantinopel wußte er die Gefahr abzuwenden. Ja, das russische Vorgehen schlug sogar insofern zum Vorteil Deutschlands aus, als es die allgemeine Aufmerksamkeit Europas von dem preußischen Hauptquartier nach dem Schwarzen Meere ablenkte und einen Zusammenschluß der Neutralen vollends unmöglich machte. Ein ernstliches Eingreifen Rußlands zugunsten Frankreichs war nicht

mehr zu befürchten, um so unbedenklicher konnte Bismarck auch die Interventionsgelüste der übrigen Mächte abweisen. Die Hoffnung der Pariser Gewalthaber, die Friedensfrage vor die im Januar 1871 in London zusammengetretene Pontuskonferenz zu bringen, zerschellte an seinem von Rußland unterstützten Widerspruche.

Indes war der außenpolitische Horizont Ende 1870 so umwölkt, daß Bismarck immer wieder auf die schleunige Beendigung des Krieges drang. Nachdrücklich stellte er dem König vor: „Je schneller das Ziel des Krieges erreicht wird, um so sicherer und leichter wird es gelingen, auch von den Friedensverhandlungen jede fremde Einmischung und Einwirkung fernzuhalten“<sup>36</sup>). Bekanntlich hat die Besorgnis davor noch bei dem Friedensschluß selbst eine Rolle gespielt; zu dem Verzicht auf Belfort trug neben der Zähigkeit des französischen Unterhändlers Thiers die freilich unbegründete Furcht vor einer Intervention Englands entscheidend bei. Wenn neuerdings behauptet worden ist, Bismarck habe sich auch in der Behandlung Elsaß-Lothringens von Rücksichten auf die Neutralen lassen, habe deshalb von einer Einverleibung in den preussischen Staat abgesehen, so fehlt dafür selbst die Spur eines Beweises<sup>37</sup>). Im Gegenteil, es steht fest, daß die Mächte dagegen keinen Einspruch erhoben haben würden.

Umstrittener ist die Frage, ob und wieweit die europäische Konstellation die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten über die Reichsgründung bestimmt hat. Unmittelbar eingegriffen haben die Mächte nicht — das vermeintliche Garantierrecht war ja 1866 erloschen —, aber hinter den Kulissen waren russische und österreichische Einflüsse tätig. Völlig passiv verhielt sich auch hierin die britische Regierung. Wie Lord Clarendon schon im Januar 1870, allerdings nur vorübergehend, die Annahme des Kaisertitels durch König Wilhelm angeregt hatte, so bezeichnete sein Nachfolger Granville Mitte August die Errichtung des deutschen Kaisertums als „durchaus notwendig und wünschenswert“<sup>38</sup>). Der russische Minister Gortschakoff dagegen gab auf die erste Kunde von diesem Vorhaben dem norddeutschen Gesandten den ebenso naiven wie anmaßenden Rat, das besser nicht zu tun<sup>39</sup>). Auf das Drängen der württembergischen Hofpartei setzte er sich schon bei Kriegsbeginn und ebenso späterhin für möglichst große Schonung der süddeutschen Souveränität ein<sup>40</sup>). Weiter wagte sich Österreich vor, das als Mitunterzeichner des Prager Vertrages ein Einspruchsrecht gegen die Beseitigung der Mainlinie zu besitzen glaubte. Öffentlich machte es Beust zwar nicht geltend, aber bei einem Aufenthalt in München im November 1870 suchte er den Anschluß Bayerns noch in letzter

Stunde  
auf den  
schlagen  
erklärte  
den Tex  
Einen ta  
diese M  
Zugestär  
wurzelte  
zweitgrö  
berechtigt  
möglichst  
Erwägung  
eigenen  
sein Ent  
drücklich  
tralen M  
keit ein  
mit wel  
Schritt  
mich ne  
halten u  
gesamte  
nes und  
Wa  
Krücker  
stritten.  
1866 ha  
auswär  
Deutsch  
die Fri  
schränk  
richtet.  
zuschät  
Lothrin  
fahr ha  
Februar  
in den  
land an  
in ihrer  
Er  
war De

Stunde zu hintertreiben und wies die Süddeutschen ausdrücklich auf den Artikel IV des Friedens von 1866 hin. Nach dem Fehlschlagen dieser Bemühungen unternahm er nichts mehr, sondern erklärte mit stolzer Geste, „der Logik der mächtigen Ereignisse“ den Text des Prager Friedens nicht entgegenstellen zu wollen<sup>41</sup>). Einen tatsächlichen Einfluß auf die Versailler Verhandlungen haben diese Machinationen nicht ausgeübt. Sicherlich sind Bismarcks Zugeständnisse an Bayern nicht dadurch verursacht worden, sie wurzelten in seiner von vornherein feststehenden Absicht, dem zweitgrößten deutschen Bundesstaat einen freiwilligen und seine berechtigten Wünsche erfüllenden Eintritt in das neue Reich zu ermöglichen. Aber daß auf den Vertrag mit Bayern außenpolitische Erwägungen entscheidend eingewirkt haben, wissen wir aus seinem eigenen Munde. Zwei Tage nach der Unterzeichnung begründet er sein Entgegenkommen gegen den bayerischen Partikularismus ausdrücklich auch mit der europäischen Lage: „Gegenüber den neutralen Mächten und der immer noch nicht abzuweisenden Möglichkeit einer Einmischung derselben, gegenüber . . . . der neuen Krise, mit welcher die europäischen Verhältnisse durch den russischen Schritt bedroht sind, wollte ich die Verantwortlichkeit nicht auf mich nehmen, die deutschen Verhältnisse in der Schwebelage zu erhalten und anstatt der gehofften Einheit und Zusammenfassung der gesamten deutschen Wehrkraft dem Auslande ein in sich gespaltenes und uneiniges Deutschland gegenüberzustellen“<sup>42</sup>).

Während das neue Italien seine Einheit nur auf fremden Krücken erlangt hat, hat Deutschland sie aus eigener Kraft erstritten. In den beiden ersten Akten der Einheitskämpfe, 1864 und 1866 hatte Europa noch mitgeredet, das Finale hat sich 1870/71 ohne auswärtige Eingriffe abgespielt. Wie der Waffengang zwischen Deutschland und Frankreich lokalisiert blieb, so hat Bismarck auch die Friedensverhandlungen auf die beiden Kriegführenden beschränkt und das Deutsche Reich ohne Einmischung Europas errichtet, — ein Erfolg seiner Diplomatie, der nicht hoch genug einzuschätzen ist. Allerdings fehlte dadurch der Erwerbung Elsaß-Lothringens die europäische Sanktion. Die darin schlummernde Gefahr hat sich der Kanzler nicht verhehlt. Deshalb erwog er im Februar 1871, Frankreichs Zustimmung zu dem Pontusabkommen in den Friedensvertrag aufzunehmen und dadurch wenigstens Rußland an ihn zu binden<sup>43</sup>). Die russische Regierung wollte jedoch in ihrem Interesse nicht hierauf eingehen.

Erst mit dem Sieg über Frankreich und der Reichsgründung war Deutschland wirklich Herr im eigenen Hause und aller fremden

Vormundschaft ledig. Gerade darin erblickten aber die alten Mächte eine Beeinträchtigung ihrer überkommenen Stellung und nahmen auch deswegen die neue Großmacht nur mit unverhohlener Mißgunst in ihren Kreis auf. Unmittelbar nach dem Frankfurter Frieden hat ein englischer Staatsmann die Franzosen mit der Prophezeiung getröstet: „Tout cela finira par une coalition européenne contre l'Allemagne“. Dieses Damoklesschwert schwebte seit seiner Geburt über dem jungen Deutschen Reich. In den zwei Jahrzehnten, in denen Bismarck noch das deutsche Staatsschiff steuerte, hat er die Gefahr zu bannen gewußt, 1914 ist sie zur furchtbaren Wahrheit geworden.

Die französische Revanche trachtete nicht nur nach der Rückeroberung Elsaß-Lothringens, sondern von vornherein auch nach der Vernichtung des Deutschen Reiches. Bezeichnenderweise ist diese Forderung bereits Ende September 1914, also nach der ersten Marneschlacht, in das offizielle Kriegszielprogramm aufgenommen worden<sup>44)</sup>, ausdrücklich wird darin die möglichst große Schwächung der militärischen und politischen Kraft Preußens als des Trägers der deutschen Einheit verlangt. Das erste haben die Franzosen nicht durchsetzen können, das Deutsche Reich ist nicht von der Landkarte verschwunden, aber mit unserer Entwaffnung und der Verstümmelung Preußens sind zwei Grundpfeiler des Bismarckschen Reiches zertrümmert. Indes nicht alle. Unser großer Kanzler selbst hat einmal als seinen besten, ja als seinen einzigen Alliierten bei seinem Einigungswerk das deutsche Volk bezeichnet<sup>45)</sup>. Und das deutsche Volk lebt und will leben. Dafür sind unsere Helden gefallen. Ihr Opfer soll nicht vergebens sein. Heute, wo uns die militärischen Waffen aus der Hand geschlagen sind, wo wir auf der ganzen Welt keinen Verbündeten, keinen Freund haben, sind wir lediglich auf uns gestellt, völlig auf die eigene Kraft angewiesen. Sie müssen und wollen wir einsetzen, ein jeder an seinem Platz und nach seinem Vermögen. Und als Motto voranleuchten soll uns ein Wort Bismarcks, das er nach seinem Sturz den Süddeutschen zugerufen hat: „Wir Deutschen, in der Mitte Europas gelegen, müssen mehr zusammenhalten als andere Nationen. Wir müssen eins sein, wenn wir nicht verloren sein wollen. Wir haben keinen natürlichen Schutz und müssen Rücken an Rücken stehen, wenn nicht alle Opfer der Vergangenheit für uns verloren sein sollen.“

## Anmerkungen.

- 1) Wie in H. v. Sybels Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. steht der innerdeutsche Gesichtspunkt auch in E. Brandenburgs Reichsgründung (2. Aufl. Leipzig 1923) im Vordergrund. Über die europäische Entwicklung unterrichtet am besten das jetzt vollendete Werk von A. Stern, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Bd. IX. u. X. (Stuttgart 1923/24).
- 2) F. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat<sup>6</sup> (München 1924) S. 206 ff., wo besonders die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge dargelegt sind. Metternich nannte 1817 den Bund „das vereinte Werk der europäischen Mächte und der deutschen Fürsten“. (H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert I. S. 699).
- 3) Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, 28. VIII. 1849.
- 4) Vgl. besonders das Schreiben an Manteuffel vom 26. IV. 1856 bei Poschinger, Preußen im Bundestag II. S. 359 ff.
- 5) H. Uebersberger, Rußland und der Panslawismus in „Deutschland und der Weltkrieg“<sup>2</sup> (Leipzig 1916) I. S. 459.
- 6) Sybel II. S. 494.
- 7) Äußerung aus dem Jahr 1877 bei M. Busch, Tagebuchblätter (Leipzig 1899) II. S. 482 f.
- 8) Über die Nikolsburger Verhandlungen vgl. neben den allgemeinen Werken E. Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung (Leipzig 1916) S. 479 ff. und J. Haller, Bismarcks Friedensschlüsse<sup>2</sup> (München 1917) S. 23 ff.
- 9) 19. I. 1867, angeführt bei K. Ringhoffer, Im Kampf für Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen A. Bernstorff (Berlin 1906) S. 604.
- 10) Zu Karolyi 4 XII. 1862, Gedanken und Erinnerungen I. S. 335.
- 11) H. Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit<sup>4</sup> (Berlin 1910) S. 334.
- 12) Politische Reden III. S. 90 am 12. IX. 1866.
- 13) Brandenburg, Untersuchungen S. 697.
- 14) Darüber vgl. jetzt die im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegebene Aktensammlung: Bismarck und die Nordschleswigsche Frage 1864—1879 (Berlin 1925).
- 15) Das betont vor allem Brandenburg.
- 16) Bismarck und die Nordschleswigsche Frage S. 25 f., 148 f. sowie Brandenburg, Reichsgründung II. S. 250 ff.
- 17) Agentenbericht über Äußerungen des ehemaligen französischen Bundestagsgesandten Reculot.
- 18) E. v. Wertheimer, Zur Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 in „Deutsche Rundschau“, Oktober 1920 S. 21, 24; Life and letters of Sir Robert Morier (London 1911) II. S. 103 ff.
- 19) K. Rheindorf, England und der deutsch-französische Krieg 1870/71 (Bonn 1923) S. 13 ff.
- 20) Darüber jetzt auf Grund der Wiener Akten Stern X. S. 124 ff., 184 ff.
- 21) Bismarck an Goltz 15. III. 1867.
- 22) Bismarck an Werthern 26. II. 1869.
- 23) Promemoria für den König, Ende November 1869.

- 24) Bismarck an Prinz Reuß 18. IV. 1867.
- 25) Das nähere bei W. Platzhoff, Die Anfänge des Dreikaiserbundes in „Preußische Jahrbücher“ Juni 1922 S. 283 ff.
- 26) Stern X. S. 290.
- 27) Das bezeugen auch die von Temperley in der „English Historical Review“ 1923 S. 90 ff. veröffentlichten Berichte des österreichischen Botschafters Metternich.
- 28) J. Morley, The Life of W. E. Gladstone (London 1903) II. S. 319.
- 29) Rheindorf S. 134.
- 30) Äußerung A. Blanc's, mitgeteilt von Palamenghi-Crispi, in „Süddeutsche Monatshefte“, September 1922, S. 266.
- 31) J. Klaczko, Zwei Kanzler (Basel 1881) S. 289 f.
- 32) Zum einzelnen Rheindorf; Salisburys Artikel mit der Überschrift „Terms of Peace“ in der „Quarterley Review“, Oktober 1870.
- 33) Bericht des Prinzen Reuß, Petersburg 16. VIII. 1870.
- 34) Außer den Berichten von Prinz Reuß vgl. den Brief des Zaren an den Großherzog von Sachsen bei O. Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches<sup>2</sup> (Jena 1902) S. 493.
- 35) Die Stellung Bismarcks zur Pontusfrage wird eine in Kürze erscheinende Monographie über die Pontusfrage von K. Rheindorf im einzelnen aufdecken.
- 36) Bismarck an den König 14. XII. 1870.
- 37) Die These P. Wentzckes, Der deutschen Einheit Schicksalsland (München 1921, S. 94 ff.), daß gerade in Petersburg eine Einverleibung wie „ein Peitschenhieb empfunden werden mußte“, wird durch die Akten widerlegt.
- 38) W. Patzhoff, England und der Kaiserplan vom Frühjahr 1870 (Histor. Zeitschrift 127 S. 454 ff.); Granvilles Äußerung bei Rheindorf, England, Anlage 60.
- 39) Bericht des Prinzen Reuß 11. VIII. 1870.
- 40) Neben den Petersburger Berichten vgl. E. Schneider, Württembergs Beitritt zum Deutschen Reich in „Württbg. Vierteljahrshäfte für Landesgeschichte“ 29 (1920) S. 181 f.
- 41) Ebenda S. 165 f.; R. v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben, III. (Dresden 1910) S. 209 f.; Stern X. S. 497.
- 42) An Delbrück 25. XI. 1870, gedruckt von W. Stolze in „Preußische Jahrbücher“ Juli 1924 S. 11 f.
- 43) Bismarck an Prinz Reuß 19. II. 1871, dessen Antwort 21. II.
- 44) Telegramm Iswolskis, Bordeaux 30. IX. 1914, veröffentlicht von F. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg (Berlin 1924) S. 267.
- 45) 1859 zu H. V. v. Unruh, vgl. dessen Erinnerungen, herausgegeben v. Poschinger (Stuttgart 1895) S. 207.

K T 64 004 999 V

Hfm K 7/748

**Bisher erschien in der Sammlung Frankfurter  
Universitätsreden:**

- |  |              |
|--|--------------|
| I. Prof. Dr. G. Küntzel: Kaiser Wilhelm II. und das Zeitalter der deutschen Erhebung von 1813 . . . . .                                    | Preis M. 1.— |
| II. Prof. Dr. B. Freudenthal: Franz Adickes . . . . .  | " " 1.—      |
| III. Prof. Dr. L. Pohle: Die neuere Entwicklung des Zinsfußes und der Einfluß des Weltkrieges auf seinen Stand . . . . .                   | " " 1.—      |
| IV. Prof. Dr. H. v. Arnim: Ein altgriechisches Königsideal . . . . .   | " " 1.—      |
| V. Prof. Dr. H. v. Arnim: Gerechtigkeit und Nutzen in der Griechischen Aufklärungsphilosophie . . . . .                                    | " " 1.—      |
| VI. Prof. Dr. Ph. Stein: Wilhelm Merton . . . . .  | " " —.80     |
| VII. Prof. Dr. Rudolf Kautzsch: Der Begriff der Entwicklung in der Kunstgeschichte . . . . .   | " " 1.—      |
| VIII. Prof. Dr. Albrecht Bethe: Aufgaben der Physiologie während und nach dem Kriege . . . . .   | " " 1.20     |
| IX. Prof. Dr. Erich Foerster: Was wir unsern Gefallenen schuldig sind . . . . .  | " " 1.20     |
| X. Prof. Dr. Rudolf Kautzsch: Die bildende Kunst der Gegenwart und die Kunst der sinkenden Antike . . . . .                                | " " 1.25     |
| XI. Prof. A. Schoenflies: Über allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Geschehens . . . . .   | " " 1.25     |
| XII. Prof. Dr. Max Ernst Mayer: Macht, Gewalt und Recht . . . . .  | " " 1.25     |
| XIII. Prof. Dr. Max Neisser: Hygiene als biologische Wissenschaft . . . . .  | " " 1.25     |
| XIV. Prof. Dr. med. Gustav von Bergmann: Seele und Körper in der inneren Medizin . . . . .   | " " 1.25     |
| XV. Prof. Dr. Hans Cornelius: Festrede gehalten zur Kantfeier der Universität Frankfurt . . . . .  | " " 1.—      |
| XVI. Prof. Dr. Otto zur Strassen: Die Krisis in der Abstammungslehre (erscheint in Kürze)  |              |
| XVII. Prof. Dr. phil. Dr. ing. h. c. Richard Lorenz: Die Geschichte einer naturwissenschaftlichen Hypothese . . . . .                      | " " 1.25     |
| XVIII. Prof. Dr. Kurt Burchard: Der Gedanke des Rechtsfriedens in deutscher Vergangenheit (erscheint in Kürze)                             |              |
| XIX. Prof. Dr. Matthias Gelzer: Gemeindestaat und Reichsstaat in der römischen Geschichte . . . . .  | " " 1.25     |
| XX. Prof. Dr. Carl Grünberg: Festrede gehalten zur Einweihung des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M. . . . . | " " 1.25     |
| XXI. Prof. Dr. phil. Walter Platzhoff: Bismarcks Reichsgründung und die europäischen Mächte . . . . .                                      | " " 1.50     |